

Ölbaum online Nr. 68 – 19. März 2013 – Dr. Michael Volkmann
Evangelisches Pfarramt für das Gespräch zwischen Christen und Juden, Bad Boll

Ölbaum online Ausgaben sind durch eine leere E-Mail mit dem Betreff „Bestellung Ölbaum online“ an agwege@gmx.de anzufordern und unter <http://www.agwege.de/cms/startseite/oelbaum-online/> einzusehen. Wenn Sie diese Sendung künftig nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie bitte eine leere E-Mail mit dem Betreff „Abbestellung Ölbaum“ an agwege@gmx.de. Über die gleiche Anschrift können Sie mir Ihre Nachricht zukommen lassen. Für den Inhalt verlinkter fremder Homepages übernehme ich keine Verantwortung.

- 1. Liebe Leserinnen und Leser: 25 Jahre Erklärung „Verbundenheit mit dem jüdischen Volk“, Teil 3**
- 2.a) Stuttgarter Lehrhaus aktuell: Prof. Kuschel über A. J. Heschel fällt aus!**
- 2.b-c) Stuttgarter Lehrhaus aktuell: Yuval Lapidé über Hiob, Toralernkreis**
- 3. 80 Jahre Nazi-Judenboykott vom 1.4.33**
- 4. Zur aktuellen Lage in und um Israel**
- 5. Gegen Boykott israelischer Waren, für den Kauf israelischer und palästinensischer Waren**
- 6. Weitere Veranstaltungshinweise**
 - a) Kooperationsveranstaltungen der Stiftung Stuttgarter Lehrhaus**
 - b) Veranstaltungen von Partnerinstitutionen des Stuttgarter Lehrhauses an anderen Orten**

Aktuelle Veranstaltungen des Evang. Pfarramts für das Gespräch zwischen Christen und Juden finden Sie unter <http://www.agwege.de/cms/startseite/veranstaltungen/>. Den Jahresprospekt 2013 finden Sie unter http://www.agwege.de/fileadmin/mediapool/einrichtungen/E_pfarraamt_christen_juden/CJD_Programm_2013_72.pdf.

1. Liebe Leserinnen und Leser: 25 Jahre Erklärung „Verbundenheit mit dem jüdischen Volk“, Teil 3
Die württembergische Synodalerklärung „Verbundenheit mit dem jüdischen Volk“ wurde zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1988 beschlossen und wird in diesem Jahr 25 Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums erinnere ich seit „Ölbaum online“ Nr. 66 an einzelne Abschnitte des Beschlusses. Den gesamten Text aller drei württembergischen Erklärungen zum Judentum finden Sie unter: http://www.agwege.de/fileadmin/mediapool/einrichtungen/E_pfarraamt_christen_juden/3_Erklarungen_wttbg_Synode.pdf
Der 6. Abschnitt thematisiert die auf allen kirchlichen und wissenschaftlich-theologischen Gebieten notwendige Umbesinnung, denn das Verhältnis zum Judentum ist eine Grundkomponente christlicher Selbsterkenntnis. „Neubesinnung und Umkehr ereignen sich nicht durch bloße Absichtserklärungen. Sie müssen von jedem Einzelnen konkret vollzogen werden“, fährt Abschnitt 7 fort und nimmt alle, die Verantwortung tragen, in die Pflicht: Kirchengemeinderäte und Leiter von Gemeindekreisen, Jugendgruppen und Gemeinschaften wie auch Pfarrer, Lehrer und andere hauptamtliche Mitarbeiter/innen der Kirche bis in die Kirchenleitungen. Diese haben ein Wächteramt gegenüber dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem Lutherischen Weltbund wahrzunehmen und „darauf zu achten, dass politischer Anliegen wegen nicht die wesensmäßige Verbundenheit mit dem jüdischen Volk verschwiegen oder in Frage gestellt wird.“ Das auch schließt ein, dem Antisemitismus entgegenzutreten.

2. Veranstaltungen im Stuttgarter Lehrhaus, Rosenbergstr. 192 bzw. 194b, 70193 Stuttgart:
a) Der Studiennachmittag am Mittwoch, 10. April 2013 von 14.30 bis 18 Uhr, mit Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel aus Tübingen über „Abraham Joshua Heschel – ein Pionier des interreligiösen Dialogs“ muss, wie seit heute feststeht, wegen Krankheit des Referenten abgesagt werden.
b) „Hiob – hat menschliches Leid einen tieferen Sinn?“ fragt Dr. Yuval Lapidé aus Weinheim bei einem Studientag am Samstag, 27. April 2013 von 10 bis 18 Uhr und gibt dazu tiefsinnige rabbinische Deutungen. Gelernt wird von 10-12, 13:30-15:30 und 16-18 Uhr. Zu diesem Studientag wird um Anmeldung gebeten. In den Kosten von 25 € ist der Nachmittagskaffee enthalten.

c) Der **Tora-Lernkreis** im Stuttgarter Lehrhaus trifft sich nach Plan **dienstags um 17.30-19.00 Uhr**, um anhand der Auslegungen von Nechama Leibowitz den aktuellen Tora-Wochenabschnitt zu lernen. Jedes Treffen ist in sich abgeschlossen, hinzukommen ist jederzeit ohne Anmeldung möglich. Die nächsten Termine sind: 19.3. Zaw, 26.3. Schemini, 9.4. Tasria-Mezora, 16.4. Acharei Mot-Kedoschim, 23.4. Emor, 30.4. Behar-Bechukotai. Kosten pro Treffen 3 €.

3. 80 Jahre Nazi-Judenboykott vom 1.4.33

„Zu der ganzen jüdischen Boykottangelegenheit habe ich nur eins zu sagen: Ich trauere um die evangelische Kirche“, schrieb Jochen Klepper am 29. März 1933 in sein Tagebuch.

Ausgelöst durch den Reichstagsbrand Ende Februar, wurde der März 1933 zu einem Terrormonat gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden. Die Stimmung in der westlichen Welt wandte sich gegen die Nazis. Diese diffamierten die Proteste als „jüdische Greuelhetze“ und am 26.3. ordnete Hitler für den 1.4. einen Judenboykott an: „... die Schuldigen sind bei uns, sie leben unter uns und mißbrauchen Tag für Tag das Gastrecht, das ihnen das deutsche Volk gewährt hat. ... Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es dem Kampf angesagt hat.“

Boykottiert werden sollten alle jüdischen Geschäftsleute und Dienstleister, ihre Geschäfte und Praxen wurden gekennzeichnet. „Damit wird das Jahr 1789 aus der Geschichte gestrichen“, notierte Goebbels in Anspielung gegen die seit der Französischen Revolution erkämpften Freiheitsrechte. Die Bevölkerung ließ sich nicht für den Boykott begeistern, Dietrich Bonhoeffers 91jährige Großmutter z. B. ging durch die SA-Postenkette hindurch, um im Berliner KaDeWe einzukaufen. Darum erlitten die Juden nur geringe materielle Verluste. Die psychologische Wirkung des Boykotts war wesentlich größer. Erstmals entfesselte Hitler den von der Nazi-Partei propagierten Judenhass als Reichskanzler. Eine Woche später begann mit der Einführung des „Arierparagraphen“ der Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft per Sondergesetzgebung.

Feige und schändlich war das Schweigen der Kirchen zu den Angriffen gegen die Juden aus politischen und kirchenpolitischen Erwägungen. Man kann sich heute nicht mehr vorstellen, dass der Berliner Bischof Otto Dibelius, der nach dem Krieg EKD-Ratsvorsitzender werden sollte, sich in einer Zeitungskolumne am 26.3.33 die Einmischung gegen Antisemitismus protestierender amerikanischer Kirchen in deutsche Angelegenheiten verbat und in einer Radioansprache über Kurzwelle am 4.4.33 in Richtung USA erklärte, die Kirche könne und dürfe „den Staat nicht daran hindern, mit harten Maßregeln Ordnung zu schaffen“. Ein Ende der staatlichen Gewalt hänge davon ab, „ob draußen in der Welt die Agitation gegen Deutschland aufhört oder nicht“. Er schloss: „Sie werden es erleben, daß das, was jetzt in Deutschland vor sich geht, zu einem Ziele führen wird, für das jeder dankbar sein kann, der deutsches Wesen liebt und ehrt.“

Quelle: Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich Bd. I: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Ullstein-Verlag Frankfurt/M, Berlin, Wien 1977, S. 325-345.

Rabbiner Leo Baeck, damals Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden, sagte am 20. Jahrestag des Boykotts: „Man spricht von dem Boykott-Tag. In Wahrheit wurde das Recht boykottiert. Die jüdischen Geschäfte haben eine Zeitlang überstanden, das Recht hat diesen Tag nicht überstanden. ... Jeder Niedergang [in der Geschichte] begann mit einer großen Feigheit. Wir haben es erlebt. Der erste April 1933 spricht davon. Die Universitäten haben geschwiegen, die Kirchen geschwiegen, die Gerichte geschwiegen ... der Reichspräsident, der den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, geschwiegen. ... Ohne die Feigheit damals wäre alles, was gekommen und über uns gekommen ist, nicht geschehen.“ (Leonard Baker, Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich, Klett-Cotta Stuttgart 1982, S. 210).

Am 30.3.33 telegraphierte die Reichsvertretung der deutschen Juden an den Evangelischen Oberkirchenrat Berlin: „Die deutschen Juden erhoffen gegenüber den gegen sie gerichteten Bedrohungen ein baldiges Wort, das im Namen der Religion von der evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen wird, damit unwiederbringlicher Schade auch für Gemeinsames des Glaubens abgewendet werde. Gleiche Depesche an Kardinal Bertram gesendet. Die Reichsvertretung der deutschen Juden, Kantstr. 158“.

Und hier die Antwort des Evangelischen Oberkirchenrats vom 1. April 1933, das beklemmendste Dokument dieser christlichen Feigheit:

„Verfolgen Entwicklung mit größter Wachsamkeit. Hoffen, daß Boykottmaßnahmen mit heutigem Tag ihr Ende finden.“

Quelle: Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder, Juden-Christen-Deutsche Bd. 1: 1933-1935, Calwer Verlag Stuttgart 1990, S. 141-142.

4. Zur aktuellen Lage in und um Israel

a) Arabischer Winter

Die bedrückendste Entwicklung in Nahost in den vergangenen zwölf Monaten war die Verwandlung des „arabischen Frühlings“ in einen Herbst und mancherorts eisigen Winter. Freie Wahlen nach der Vertreibung von Diktatoren und ihren Regimen aus der Macht brachten den Freiheitskämpfern in der Regel Niederlagen und islamistischen Gruppierungen, allen voran den ägyptischen Muslimbrüdern, Mehrheiten ein. Konflikte verschärfen und Gesellschaften polarisieren sich, wo die Protagonisten der Revolution und andere gesellschaftlich bedeutsame Gruppen an politischen Prozessen wie z. B. der Erarbeitung einer neuen Verfassung nicht beteiligt werden. Andauernde Proteste und Unruhen schwächen die Wirtschaft und gefährden die Versorgung der Bevölkerung. Die neuen Herrscher reagieren nervös, der ägyptische Präsident hat sich mit mehr Macht ausgestattet als sein aus dem Amt gejagter Vorgänger jemals innehatte. So werden lediglich Diktatoren ausgewechselt. Die 21 Todesurteile gegen Hooligans in Port Said, die für den Tod von 74 Menschen bei Unruhen nach einem Fußballspiel verantwortlich gemacht werden, spalten die ägyptische Gesellschaft noch mehr. Andere Regime, vor allem in Saudi Arabien und Jordanien, konnten sich bislang an der Macht halten, teils weil sie Reformen zugestehen, zumindest ankündigen. Interessant sind die recht disparaten Erklärungsversuche im Wikipedia-Artikel „Arabischer Frühling“ – keiner weiß, was kommt:

http://de.wikipedia.org/wiki/Arabischer_Fr%C3%BChling.

b) Syrien

Entsetzlich ist die Lage in Syrien, wo im Bürgerkrieg über 70.000 Menschen getötet und mehrere Millionen Menschen - es wird alleine von zwei Millionen Kindern gesprochen - zu Flüchtlingen gemacht wurden. Unabhängige Berichte sind Mangelware. Doch dringt nach außen, dass es in diesem Krieg unvorstellbar grausam und rechtlos zugeht. Der Krieg kann wegen der ausgeglichenen Kräfteverhältnisse noch lange fort dauern. Jede Intervention von außen, so wird befürchtet, würde ihn verschlimmern. Während die Bundeswehr-Patriots die Türkei vor Raketen aus Syrien schützen sollen, sorgt sich Israel um syrische Giftgaswaffen und um hochmoderne Raketen, die in die Hände der libanesischen Hisbollah oder der Al-Kaida fallen könnten. Vermutlich islamistische Aufständische wollen durch Attacken auf UNO-Truppen diese aus der Pufferzone auf den Golanhöhen vertreiben, was eine direkte Konfrontation mit Israel zur Folge haben könnte. Darum fordert Israels Präsident Shimon Peres eine mit der UN abgestimmte Eingreiftruppe der Arabischen Liga, die Bashar al-Assad entmachten und eine Übergangsregierung einsetzen soll.

c) Wegschauen von Syrien

Ungeachtet der syrischen Not zeigt das „Pressefoto des Jahres“ Männer, die um zwei Kinder trauern, die durch israelische Angriffe ums Leben kamen. „Paul Hansens Pressefotos (!) des Jahres ist ein hervorragendes Stück Bildberichterstattung“ schreiben Marco Limberg und Michael Wuliger in der Jüdischen Allgemeinen Nr. 8/2013, S. 18. „Ein tatsächliches Abbild der Realität ist es nicht.“ Sie fragen, woran das liege, und geben selbst die Antwort: an den vergleichsweise idyllischen Arbeitsbedingungen für Journalisten in Israel. Der israelisch-arabische Konflikt stehe, gemessen an der Zahl der Todesopfer in den vergangenen fünfzig Jahren, auf Platz 70 unter den Kriegen in der Welt. Durch solche Auszeichnungen wird das Interesse der Weltöffentlichkeit gezielt gelenkt bzw. abgelenkt.

d) Gefahren an Israels Grenzen

Die Verschärfung der Lage in der Region veranlasst Israel seine Grenzen zu Syrien und Ägypten besser zu sichern. Dies hat nichts mit einer von Manchen beschworenen israelischen „Wagenburgmentalität“ zu tun. Die israelische Gesellschaft ist ausgesprochen weltoffen, die israelische Wirtschaft hat weltweite Handelsbeziehungen und liefert begehrte Waren. Tatsache ist, dass sich die Sicherheitslage merklich verschlechtert hat. Der Sinai ist ein nahezu rechtsfreier Raum, in dem Terrorgruppen wie Al Kaida und Beduinenclans den Ton angeben. Afrikanische Flüchtlinge, die den Sinai durchquerten, berichten von erschreckenden Gräueltaten. Israelis, die sich in

Grenznähe bewegten, wurden wiederholt angegriffen. Auf Provokationen an der Grenze zu Syrien reagiert Israel bislang wesentlich zurückhaltender als z. B. die Türkei, die auf einen Granatenbeschuss aus Syrien mit drei Todesopfern mit nächtelangem Gegenbeschuss und der Tötung von rund dreißig syrischen Soldaten antwortete. Unlängst haben Al-Kaida-Islamisten die UN-Truppen aus der entmilitarisierten Zone auf dem Golan nach Israel vertrieben und diese Zone unter ihre Kontrolle gebracht. Nach amerikanischen Erkenntnissen sollen syrische Giftgaswaffen in die Hände der Hisbollah gekommen sein.

e) Iran

Aus israelischer Sicht stehen auf Dringlichkeitsstufe eins nach wie vor die iranischen Atombestrebungen. Die israelische Regierung sieht trotz einschneidender Sanktionen keinen Kurswechsel in Teheran und spricht im Vorfeld des Besuchs von US-Präsident Obama in Israel von einem Versagen der Diplomatie. Das Thema macht seit mehr als acht Jahren immer wieder Schlagzeilen. Die bislang vermutlich wirksamsten Schläge gegen das iranische militärische Atomprogramm geschahen durch geheimdienstliche Aktionen, von denen wenig an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Israel, die USA und deutlich leiser auch europäische Politiker betonen, dass ein atomar bewaffneter Iran nicht zugelassen werde. Diplomatie, Sanktionen und Geheimdienste allein werden die iranische Atombombe, die auch Europa bedrohen würde, nicht verhindern können. Das könnte am nachhaltigsten durch eine politische Umorientierung oder einen Regimewechsel im Iran geschehen und müsste durch ungehinderte internationale Kontrollen verifiziert werden. Ein Angriff auf iranische Atomanlagen könnte das Problem allenfalls hinauszögern und würde vielleicht das Regime und seine Entschlossenheit sogar stabilisieren.

f) Gaza-Konfrontation

Die ungeklärte Palästinafrage und der unveränderte Rechtszustand der Besetzung trotz weit gehender palästinensischer Autonomie werden in Israel je länger je mehr als Belastung empfunden. Ende 2012 war Israel nicht mehr bereit, den fortwährenden Raketenbeschuss aus Gaza (seit 2000 mehr als 12.000 Raketen) weiter hinzunehmen. Anders als beim letzten Militärschlag gegen die Hamas kam es dieses Mal nicht zur militärischen Konfrontation am Boden. Das israelische Militär zerstörte während des einwöchigen Einsatzes den größten Teil der illegalen Waffen und Waffenfabriken in Gaza aus der Luft. Wieder wurde die Zivilbevölkerung vor bevorstehenden Militärschlägen gewarnt. Daher starben bei den mehr als tausend Luftangriffen ca. 140 bis 170 Menschen, darunter mehr Kämpfer als Zivilisten. So sehr jedes Opfer zu beklagen ist: keine Armee der Welt erreicht diese Ergebnisse, in Afghanistan sterben vier bis fünf Mal so viele Zivilisten wie Kombattanten, in Syrien scheint es überhaupt keine Regeln der Kriegführung zu geben. Durch ägyptische Vermittlung kam es in Gaza zu einem Waffenstillstand und einer bislang weitgehend eingehaltenen Feuerpause. Erstmals seit zwölf Jahren können eine Million Menschen im Süden Israels ohne Angst vor Raketen leben. Auch für die Menschen in Gaza ist die Feuerpause ein Segen.

g) Verhandlungen mit oder ohne Vorbedingungen?

Ungeachtet der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit auf vielen Ebenen sind die Beziehungen auf Regierungsebene von Stagnation gekennzeichnet. Dynamisch ist vor allem die israelische Siedlungstätigkeit im Westjordanland. Israel Ministerpräsident sagt, er will eine Zweistaatenlösung und den Konflikt mit den Palästinensern durch einen Friedensschluss endgültig beenden. Dafür möchte die israelische Regierung die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen, die palästinensische stellt Bedingungen: die Einstellung der israelischen Siedlungstätigkeit im Westjordanland und in Ostjerusalem. Nach den israelischen Wahlen lautete die palästinensische Bedingung, als Verhandlungspartner käme nur eine israelische Regierung in Frage, die zum Rückzug auf die „Grüne Linie“ von 1967 bereit sei. Der Regierungen bindende Rechtsstandpunkt des israelischen Obersten Gerichts hingegen ist, dass es nie eine palästinensische Souveränität über das Westjordanland gegeben habe und dass daher die berechtigten palästinensischen Ansprüche auf dieses Gebiet mit den berechtigten israelischen Ansprüchen ausgeglichen werden müssten. Die israelische Regierung möchte die Punkte, die die Palästinenser als Vorbedingungen stellen, zum Verhandlungsgegenstand machen und lehnt ihre Erfüllung ohne Gegenleistung ab.

Basis von Verhandlungen – sollten sie denn wieder aufgenommen werden – dürfte die Road Map von 2003 sein, in der zwei Staaten, Palästina neben Israel, vorgesehen sind. Im Oslo-Verhandlungsprozess

war zunächst lediglich von palästinensischer Autonomie die Rede gewesen. Oslo brachte den Palästinensern zum ersten Mal überhaupt eine begrenzte Souveränität. Nachdem der Oslo-Prozess ins Stocken geraten war, blieben die für Endstatusverhandlungen vorgesehenen Fragen ungelöst. Im Wesentlichen sind das fünf große Themenbereiche: die endgültige Grenze zwischen Israel und Palästina (einschließlich der Frage des Austauschs von Territorien), die Zukunft der israelischen Siedlungen im Westjordanland, die Jerusalemfrage, die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge und das Thema Sicherheit. Seit dem israelischen Rückzug aus Gaza und der Eskalation der Gewalt von dort gegen Israel hat der letzte Punkt, Sicherheit, noch mehr Gewicht bekommen: Israel fordert wegen der illegalen Aufrüstung von Hamas und auch Hisbollah ein entmilitarisiertes Palästina (so sieht es übrigens auch die Genfer Initiative vor). Hinzugekommen ist die Frage der palästinensischen Spaltung und der Zukunft des Gazastreifens, eine trotz der „Versöhnungsabkommen“ zwischen Hamas und Fatah völlig ungeklärte Frage.

Ein Knesset-Beschluss von 22.2.2010 verpflichtet israelische Regierungen, in Friedensverhandlungen die Forderungen der ab 1941 aus arabischen Ländern vertriebenen 856.000 Juden einzubringen. Deren von Israel dokumentierte und vom US-Kongress anerkannte Forderungen belaufen sich neben dreistelligen Milliardenbeträgen für enteignete Sachwerte auf die Entschädigung von 100.000 qkm beschlagnahmten Grundbesitzes – einer Fläche, die fünf Mal so groß ist wie der Staat Israel. Nach internationalem Recht wird ein Besatzungszustand durch Verhandlungen gelöst, an deren Ende ein Friedensvertrag steht. Während Israel erwartet, als jüdischer Staat anerkannt zu werden, und bereit ist, Palästina im Gegenzug als Staat der Palästinenser anzuerkennen, zeigen palästinensische Regierungsmaßnahmen keine Eindeutigkeit. Die Vorstellung eines bi-nationalen Staates ohne Grenzziehung zwischen Israel und Palästina, die Edward Said populär gemacht hat, scheint vielen Palästinensern zu gefallen. Israelis befürchten, in so einem Staat demografisch rasch majorisiert zu werden. Der Rektor der Al-Kuds-Universität Sari Nusseibeh schlägt daher vor, Palästinenser sollten in einem solchen Staat mindere Rechte beanspruchen – für Israels Demokraten völlig unvorstellbar. Viele Israelis lehnen die bi-nationale Staatsidee außerdem mit Verweis auf die Bürgerkriege im Libanon und jetzt in Syrien ab.

Die palästinensische Regierung hat mit dem erfolgreichen Versuch, an Verhandlungen mit Israel vorbei vor der UNO die Anerkennung als Beobachter-Staat zu erlangen, einen konfrontativen Weg eingeschlagen. Offenbar verspricht sie sich mehr von diesem Weg als von einer Verhandlungslösung. Die israelische Regierung zeigte mit ihrer Reaktion, dass sie dies als einen Bruch der Oslo-Vereinbarungen und damit als Provokation ansah, und kündigte die Bebauung des Siedlungsgebiets E-1 östlich von Jerusalem an. So schaffen beide Seiten wie schon in der Vergangenheit weiter vollendete Tatsachen. Dies nährt Zweifel an den offiziellen Äußerungen beider Seiten, an einer durch Verhandlungen zu erzielenden Zweistaatenlösung interessiert zu sein.

Die Ausgangspositionen beider Seiten für Verhandlungen sind deutlich weiter voneinander entfernt als zu Zeiten der Oslo-Verhandlungen. Die meisten von mir gesichteten Kommentare rechnen nicht mit einem baldigen Beginn von Verhandlungen, sondern bestenfalls mit einer Verlängerung des derzeitigen Zustands, im schlimmeren Fall mit einer Zunahme der Gewalt.

h) Lage innerhalb Israels

Die soziale Lage innerhalb Israels hat sich nach den Protesten der beiden vergangenen Jahre beruhigt, aber nicht grundsätzlich verbessert. Von der florierenden israelischen Wirtschaft profitieren nicht alle Bürger des Staates. Aus den Wahlen Anfang 2013 ging Benjamin Netanyahu dennoch erneut als Sieger hervor. Seine Regierung war eine der stabilsten in der Geschichte des Staates Israel, zugleich die wohl am deutlichsten national ausgerichtete. Die neue Koalition aus vier säkularen Parteien könnte Reformen in Israel durchsetzen, ein Durchbruch im Verhältnis zu den Palästinensern wird ihr in ersten Kommentaren nicht zugetraut.

i) Vor Präsident Obamas Besuch

So sind auch die Erwartungen an den Besuch Präsident Barak Obamas im Frühjahr 2013 verhalten. Seine Themen sind der Iran, Syrien und Israel-Palästina, in dieser Prioritätenreihung. Als wiedergewählter Präsident, so wird oft gesagt, bräuchte Obama keine politischen Rücksichten mehr zu nehmen. Das klingt wie der Wunsch nach einem starken Mann, der durchgreift. Doch wenn er klug ist, arbeitet er nicht primär mit Druck, sondern mit Anreizen, und vor allem in Absprache mit dem Nahostquartett (USA, EU, UNO, Russland). Er ist heute auch subjektiv freier, weil seine erste

Amtsperiode die maßlos übersteigerten Erwartungen an ihn ziemlich ernüchtert hat. So findet man immer wieder Argumente für einen verhaltenen Optimismus.

5. Gegen Boykott israelischer Waren, für den Kauf israelischer und palästinensischer Waren

In der Regel mit Verweis auf den Nazi-Judenboykott (s.o. 3.) werden heutige Forderungen, israelische Waren aus den Siedlungen im Westjordanland zu boykottieren, zurückgewiesen, und zwar sowohl von kirchlicher Seite (vgl. Ölbaum online Nr. 63: Europäische Lutheraner gegen Boykott) als auch staatlicherseits, wie etwa vom EU-Gesandten in Israel, Andrew Stanley, nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 28.2.13. Bei einer Veranstaltung im Januar hörte ich ein Mitglied einer Friedensgruppe sagen, solange die Waren aus israelischen Siedlungen im Westjordanland nicht gekennzeichnet seien, kaufe sie überhaupt keine israelischen Waren. Abgesehen davon, dass jede/r kaufen oder stehen lassen kann, was sie/er will, zeigt diese Äußerung, dass es hier nur mehr um eine Stigmatisierung und einseitige Schuldigsprechung Israels am ungelösten Nahostkonflikt geht. Mit einer vernunftmäßig oder moralisch nachvollziehbaren Entscheidung hat das nichts zu tun. Die „Jüdische Allgemeine“ gibt mit Stand vom 4.1.13 einen Überblick über linke und christliche Israelboykotteure: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14825/highlight/boykott>. In der Printausgabe vom 3.1.13 steht unter dem Foto „Israelboykott in Bremen 2011“ ein Foto „Judenboykott in Berlin 1933“: „peinliche Parallelen“. Der aktuelle Boykott wird aller Voraussicht nach wirtschaftlich wirkungslos bleiben. Umso mehr wird er sich propagandistisch auswirken, den Boykottanhängern wird jetzt bereits „die Sprache einer Sekte“ vorgeworfen: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/15381/highlight/boykott>. Wer auf israelische Waren ganz verzichten möchte, wird zumindest kommunikationstechnisch über kurz oder lang ins letzte Jahrtausend zurückdriften, denn in den meisten elektronischen Geräten sind in Israel entwickelte Bauteile oder Softwareteile enthalten. Hier als Beispiel die Geschichte von Felix Zandman, der ein Miniaturisierungsverfahren für elektrische Widerstände entwickelt hat, eine der wichtigen Erfindungen in der Entwicklung der Elektronik im 20. Jahrhundert:

<http://www.youtube.com/watch?v=BLEyAqhEzqI&feature=youtu.be>.

„Am Anfang muss die Grenze stehen“, schrieb Avi Primor bereits am 16.11.2010 in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau: <http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-am-anfang-muss-die-grenze-steinen,1472602,4839146.html>. Da nämlich die weitaus meisten Siedlungen nach israelischem Recht legal sind, wird sich Israel an diesem Punkt nicht unter Druck setzen lassen. Nur eine Grenzziehung kann die Siedlungsfrage klären. Israelfreunden empfehle ich als politisch konstruktivere Alternative zu Boykotten außer israelischen verstärkt auch palästinensische Waren zu kaufen, z. B. hier: http://www.ems-online.org/shop/produkte/?no_cache=1&r=14&pointer=0. Die palästinensische Wirtschaft muss noch weiter entwickelt werden, denn sie ist noch nicht lebensfähig: <http://www.dradio.de/nachrichten/201303120600/10>.

6. Weitere Veranstaltungshinweise

a) Kooperationsveranstaltungen der Stiftung Stuttgarter Lehrhaus

Tagungen in der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Stuttgart-Hohenheim:

4. bis 5. Mai 2013, Sa 14:00 Uhr bis So 12.30 Uhr:

Knabenbeschneidung – wozu? Biblische und spirituelle Aspekte eines göttlichen Gebots

Vor dem Hintergrund des kontrovers diskutierten Kölner Gerichtsurteils vom 7. Mai 2012 zur Strafbarkeit der Knabenbeschneidung stellt sich die Frage, was dieses göttliche Gebot und religiöse Ritual in der Bibel überhaupt bedeutet. Wie verhält es sich zum Kern der Gebote? Wie hängt es mit der prophetisch geforderten ‚Beschneidung des Herzens‘, wie mit dem christlichen Bundeszeichen der Taufe zusammen?

Näheres und Anmeldung unter http://www.akademie-rs.de/veranstaltungaktuell.html?&no_cache=1

15. bis 16. Juni 2013, Sa 14:00 Uhr bis So 12.30 Uhr:

Ein Gott – drei Personen – drei obere Sefirot. Christliche und jüdische Mystik im Dialog

Das christliche Bild vom dreifaltigen Gott stellt aus jüdischer Sicht eine Verletzung des biblischen Bekenntnisses zu dem einen Gott dar. Die jüdische Mystik oder Kabbala hat ihrerseits das Symbolsystem des Sefirot-Baums entwickelt: Die zehn Eigenschaften oder Urkräfte Gottes erscheinen darin triadisch geordnet, wobei die drei oberen Sefirot von den sieben unteren deutlich

unterschieden sind. Christliche Kabbalisten zu Beginn der Neuzeit haben sie trinitarisch gedeutet. Welche Bezüge bestehen zwischen diesem triadischen Gottesbild und dem trinitarischen tatsächlich? Näheres und Anmeldung unter http://www.akademie-rs.de/veranstaltungaktuell.html?&no_cache=1

b) Veranstaltungen von Partnerinstitutionen des Stuttgarter Lehrhauses an anderen Orten

Gesprächsreihe: Christlich-jüdische Gespräche über religiöses Leben heute. Wie viel Religion

brauchen wir? Gibt es eine Renaissance des Religiösen? Auf dem Podium: Landesrabbiner Netanel

Wurmser, Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg, Prälat i. R. Martin Klumpp, Stuttgart,

Evang. Landeskirche, Monsignore Oliver Lahl, stellvertretender Stadtdekan, Katholische Kirche.

Moderation: Dr. Michael Volkmann, landeskirchlicher Beauftragter für das Gespräch zwischen Juden

und Christen. Das 1. Gespräch fand bereits 2012 statt, das 2. am 21.2.13.

Donnerstag, 18.04.2013, 19.30 Uhr: 3. Gespräch zum Thema: **Religion und Glaube – gestern, heute, morgen. Wie geben wir den Glauben weiter? Wie vermitteln wir die Botschaft?**

Veranstalter: GCJZ e.V. Ort: Landesmuseum Württemberg, Altes Schloss, Schillerplatz 6, 70173

Stuttgart. Eintritt: frei. Spenden zur Deckung der Unkosten erwünscht

Mit freundlichen Grüßen aus Bad Boll